

"Kosten und Nutzen des chemischen Pflanzenschutzes in der deutschen Landwirtschaft aus gesamtwirtschaftlicher Sicht"

von Prof. Hermann Waibel und Gerd Fleischer, Universität Hannover

Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft hat gravierende Schäden zur Folge. Insbesondere für die menschliche Gesundheit, das Trinkwasser, und für bestimmte Tier- und Pflanzenarten sind die Folgewirkungen erheblich. Die dadurch entstehenden gesamtwirtschaftlichen Kosten sind jetzt erstmals im Rahmen einer umfangreichen Kosten-Nutzen-Analyse für Deutschland (alte Bundesländer) vom Institut für Gartenbauökonomie der Universität Hannover unter der Leitung von Professor Dr. Hermann Waibel abgeschätzt worden. Die Studie wurde im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums im vergangenen Jahr durchgeführt, die Veröffentlichung hierzu liegt jetzt vor.

Der World Wide Fund For Nature hat in einer Pressemeldung auf diese Studie, in der erstmals eine umfassende Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen *Kosten* des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft vorgelegt wird, aufmerksam gemacht. Als wesentliches Ergebnis ist aus dieser Studie die Erkenntnis zu ziehen, daß angesichts der *Folgekosten*, die von der Gesellschaft getragen werden müssen, der *wirtschaftliche Nutzen* des Pestizideinsatzes geringer ist als bisher (in vielen Studien) angenommen. Der WWF kommt zu der folgenden zusammenfassenden Darstellung und Bewertung der Studie:

Der Pestizideinsatz in Deutschland (alte Länder) und seine Folgen werden im Rahmen dieser Untersuchung erstmals umfassend im Hinblick auf die gesellschaftlichen Kosten und Nutzen bewertet. Danach verursacht der Pestizideinsatz in Deutschland gesellschaftliche Kosten in Höhe von mindestens 252 Mio DM im Jahr (nur alte Bundesländer) u.a. durch Gesundheitsbelastungen, Trinkwasserschutzmaßnahmen, Lebensmittelrückstände oder Artenverlust. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen von Pestiziden wird als "weniger günstig als bisher angenommen" beschrieben.

Nach Aussagen der Studie liegen die tatsächlichen Folgekosten durch Pestizide noch deutlich höher, da viele negative Auswirkungen, wie zum Beispiel chronische Gesundheitsschäden, derzeit noch nicht bewertet werden können. Auf der Grundlage der Studie sind für die gesellschaftlichen Kosten folgende Mindestwerte ermittelt worden:

Trinkwasserschutz	128 Mio *
Auswirkungen auf Tiere und Pflanzen	12 Mio
Gesundheitsschäden + Krebsfälle	23 Mio **
Überwachung Lebensmittel	23 Mio
Staatliche Institutionen	66 Mio
Summe	252 Mio

* Bei möglicherweise höheren Belastungsgraden ergeben sich Kosten von 186 Mio DM.

** Bei Berücksichtigung chronischer Gesundheitsschäden durch Krebs steigen die

Gesundheitskosten auf 0,17 DM je DM PSM (1,1 Mrd PSM-Kosten x 0,18 DM => insg. 187 Mio DM)

Quelle: Studie Seite 217.

Es wird festgestellt, daß die "derzeitigen gesetzlichen und politischen Bedingungen eine Reduzierung des Pestizideinsatzes nicht erwarten lassen". Die ordnungsrechtliche Reglementierung und die staatlichen Beratungsdienste haben die Umsetzung des vom Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) geforderten sog. "Integrierten Pflanzenschutzes" (§6, Abs. 1) in der Praxis und eine damit verbundene Verminderung der Pestizidaufwendungen nicht erreicht.

Schwachstellen des PflSchG sind insbesondere "die erhebliche Lücke bei der Zulassung durch Beschränkung der Prüfung auf die sachgerechte Anwendung und unbestimmte Rechtsbegriffe (z.B. "Gute fachliche Praxis"), die in der Praxis nicht kontrollierbar sind".

Die politischen und gesetzlichen Regelungen hätten in der Vergangenheit zu einer Abhängigkeit der Landwirtschaft von chemischen Pflanzenschutzmitteln geführt und die Entwicklung von umweltfreundlichen Alternativen gebremst. Vorgeschlagen wird, die deutsche Pflanzenschutzpolitik grundsätzlich zu überdenken und ökonomische Alternativen (Pestizid-Abgabe) zum Ordnungsrecht (PflSchG) zu suchen.

Bewertung

In seiner abschließenden Bewertung zieht der WWF folgendes Resümée:

- Die Studie bestätigt das Auftreten vielfältiger, von Pestiziden ausgehender negativer Folgewirkungen und stellt einen ersten Beitrag zur Abschätzung der entstehenden Kosten von Pflanzenschutzmitteln dar.
- Das deutsche Pflanzenschutzgesetz soll schädliche Auswirkungen durch Pflanzenschutzmittel ausschließen (§6/§15). Daß diese trotzdem auftreten, zeigt, daß die bisherigen, rein ordnungsrechtlichen Regelungen für den Schutz von Umwelt und menschlicher Gesundheit nicht ausreichen.
- Die Untersuchung bietet eine geeignete Grundlage für die notwendige öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit und das Ausmaß der Pestizidanwendung in Deutschland sowie über die künftige Ausrichtung der deutschen Pflanzenschutzpolitik.
- Die Umweltstiftung WWF Deutschland hält angesichts der Folgeschäden eine Neuorientierung der Pflanzenschutzpolitik für geboten. Die Einführung einer Pestizidsteuer und die verstärkte Nutzung von Agrarumweltprogrammen sind geeignet, Anreize für nicht-chemische Technologien im Pflanzenschutz zu schaffen.
- Die Bundesregierung ist gefordert, ein nationales Pestizidreduktionsprogramm auf den Weg zu bringen.

Bibliographische Angaben

Hermann Waibel und Gerd Fleischer (unter Mitarbeit von Heinrich Becker und Artur Runge-

Metzger): Kosten und Nutzen des chemischen Pflanzenschutzes in der deutschen Landwirtschaft aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Wissenschaftsverlag Vauk KG, Januar 1998. ISBN 3-8175-0276-1

Kontakt

Prof. Dr. Hermann Waibel

Dr. Gerd Fleischer

Institut für Gartenbauökonomie

der Universität Hannover

Herrenhäuserstr. 2, D-30419 Hannover

Tel.: + 49 (0) 511/762-2666

Fax: + 49 (0) 511/762-2667

E-mail: waibel@ifgb.uni-hannover.de

Wir teilen die Ansichten dieser Publikation <http://www.itas.fzk.de/deu/tadn/tadn298/waf1298a.htm>.

Als Umweltbund haben wir alle Parteien und Verbände schon mehrmals nicht nur auf die Reduzierung von Pestiziden sondern sogar auf den vollkommenen Ersatz durch gezielte Düngung hingewiesen. Leider wird es aber nur von unseren praktisch arbeitenden Mitgliedern umgesetzt. Schön wäre, wenn die Politik endlich zum Wohl und der Volksgesundheit handeln würde. Schön wäre auch wenn 'Bioorganisationen' sich unserem vollkommenen Verzicht auf Pestizide auch 'Biopestizide' anschliessen würden und nicht die Bevölkerung mit dubiosen 'Biopestiziden' belasten würden. Durch die richtige Bodenpflege gäbe es auch keine so schlimmen Überflutungen, wie wir dies so oft erleben.